

22 - 1839

*Herr  
Präsident des Burgenländischen Landtages  
Robert Hergovich  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 23. Mai 2024

**Selbständiger Antrag**

**der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Wolfgang Södl, Kolleginnen  
und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Unterstützung der  
burgenländischen Pendler:innen**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom ..... betreffend** **Unterstützung der burgenländischen Pendler:innen**

Das Burgenland ist ein Pendlerland. Über 100.000 burgenländische Erwerbstätige pendeln tagtäglich aus ihrer Gemeinde aus, um an den Arbeitsplatz zu gelangen. Laut der letzten Datenerhebung der Statistik Austria lag die durchschnittliche Wegzeit der burgenländischen Erwerbspendler:innen im Bundesländervergleich mit 35 Minuten an erster Stelle. Auch die PKW-Dichte pro Kopf zeigt, dass viele Burgenländer:innen auf das Auto angewiesen sind. Denn laut Statistik Austria liegt das Burgenland mit einer PKW-Dichte in Höhe von 679 Autos je 1.000 Einwohner auf dem ersten Platz im Bundesländervergleich. Neben dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel müssen jedoch auch die vielen Pendler:innen, denen die Nutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels unzumutbar ist, besser unterstützt werden.

Durch die im Mai 2022 stattgefundenene Erhöhung der Pendlerpauschale und des „Pendlereuros“ im Zuge der Teuerungssituation konnten die negativen Folgen der steigenden Preise für Pendler:innen zumindest teilweise abgefedert werden. Jedoch lief die Unterstützung wieder im Sommer 2023 aus, obwohl die hohen Spritpreise nicht mehr zurückgingen. Generell ist eine Anpassung der Pendlerpauschale dringend notwendig. Das Pendlerforum Burgenland fordert aufgrund der hohen Spritpreise die Umstellung des Pendlerpauschales und des Pendlereuros auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag. Auch das Pendlerforum Burgenland unterstützt die Forderung auf eine Neuregelung der Pendlerpauschale. Obwohl das Regierungsprogramm der Bundesregierung eine Reform der Pendlerpauschale verspricht, wurde es bis dato nicht umgesetzt.

Mit der Einführung der CO<sub>2</sub>-Steuer belastete die türkis-grüne Bundesregierung die Pendler:innen, anstatt mit entsprechenden Maßnahmen diese zu entlasten. Anfang 2024 stieg die CO<sub>2</sub>-Bepreisung nochmals auf 45 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>. Somit kostet ein Liter Diesel um 13,5 Cent mehr beziehungsweise ein Liter Benzin um 12,3 Cent mehr aufgrund der CO<sub>2</sub>-Steuer. Geht es nach dem Plan der Türkis-Grünen Bundesregierung erhöht sich der CO<sub>2</sub>-Preis Anfang 2025 auf 55 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>. Der Burgenländische Landtag sprach sich schon mehrmals gegen die CO<sub>2</sub>-Steuer aus und forderte deren Abschaffung zur Entlastung der Pendler:innen, doch bis dato werden diese Anregungen von der Bundesregierung ignoriert.

Oberstes Ziel der Burgenländischen Landesregierung ist die Schaffung von Arbeitsplätzen im Burgenland, damit die Burgenländer:innen keinen weiten Weg zu ihrem Arbeitsplatz zurücklegen müssen. Voriges Jahr erreichte das Burgenland eine Rekordbeschäftigung von über 116.000 unselbständig Beschäftigten. Jedoch ist ein Job in unmittelbarer Nähe des Wohnortes nicht für jede:n möglich. Im Gegensatz zur Bundesregierung setzt die Burgenländische Landesregierung mehrere Maßnahmen zur Unterstützung der Burgenländischen Pendler:innen um. Gemeinsam mit privaten, lokalen Unternehmen wurde der Buslinienbetrieb von den

Verkehrsbetrieben Burgenland übernommen. Zusätzlich werden Pendler:innen mit dem neuen burgenländischen Anruf-Sammeltaxi (BAST) auf Abruf bedient. Somit wurde der burgenländische öffentliche Verkehr modernisiert und ausgebaut. Diese attraktiven Angebote sind alle in den günstigen VOR-Tarifen inkludiert. Trotz dieser modernen, attraktiven Angebote werden manche Pendler:innen weiterhin auf ihr Auto angewiesen sein. Diese Pendler:innen brauchen weiterhin entsprechende Unterstützung, um an ihren Arbeitsplatz zu kommen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge

- die Pendlerpauschale und den Pendlereuro auf einen kilometerbezogenen Absetzbetrag umstellen - unabhängig vom Einkommen
- die CO<sub>2</sub>-Steuer wieder abschaffen
- das amtliche Kilomergeld auf mindestens 60 Cent pro gefahrenem Kilometer erhöhen sowie eine jährliche Anpassung an die Inflation umsetzen